
Europa Aktuell 1/2020

Gemeindeparterschaften – Letzte Möglichkeit zur Antragstellung

Das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger, dem auch die Förderung von Gemeindeparterschaften zugeordnet wird, läuft mit dem aktuellen Finanzrahmen Ende 2020 aus. Anträge können noch bis 4. Februar bzw. 1. September gestellt werden.

An einer finanziellen Unterstützung interessierte Gemeinden müssen wie üblich die für EU-Förderungen klaren Anforderungen beachten. Das geplante Projekt mit der bzw. den Partnergemeinden muss bereits bei Antragstellung sehr detailliert beschrieben werden und sich inhaltlich mit den vorgegeben Prioritäten auseinandersetzen. 2020 stehen die Diskussion über die Zukunft Europas, die Förderung der Solidarität sowie die Förderung des interkulturellen Dialogs im Mittelpunkt.

Neben den Prioritäten ist eine ausgewogene Zusammensetzung der Delegationen wichtig, ein guter Bevölkerungsmix erhöht die Chancen.

Punktuelle Begegnungen von bis zu 21 Tagen erhalten Fördersummen von 5.000 - 25.000 Euro. Die langfristige Zusammenarbeit von Städtenetzwerken max. 150.000 Euro, Anträge von Netzwerken sind spätestens am 3. März und 1. September einzureichen.

Die elektronische Antragstellung sollte jedoch nicht im letzten Moment in Angriff genommen werden, da die administrativen Formalitäten eine gewisse Vorlaufzeit brauchen. Nähere Informationen finden sich im [Programtleitfaden](#) sowie auf der Homepage der zuständigen Exekutivagentur: https://eacea.ec.europa.eu/europe-for-citizens_en

Mitteilung zum Grünen Deal präsentiert

Nur 11 Tage nach Amtsantritt präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Grundzüge des Grünen Deals. Vor allem Wirtschaft und Verkehr müssen große Beiträge leisten, ohne die Gemeinden wird es aber auch nicht gehen.

Luftreinhaltung, Wasserschutz, Nahverkehrspolitik, Gebäudesanierung (explizit Schulgebäude und Sozialwohnungen), grüne Vergabe, Abfall- und Ressourcenmanagement, Biodiversitätsschutz: Das sind nur einige Bereiche, die die Gemeinden direkt treffen werden. Die Initiative „Vom Hof auf den Tisch“ soll z.B. lokale Vermarktung und den Genuss regionaler Lebensmittel fördern, was u.a. Kantinen im Einflussbereich der Gemeinden betreffen könnte.

Der Schutz der Wälder und eine Aufforstungswelle, die Errichtung von Ladestationen für die Elektromobilität und alternative Energieformen wirken sich ebenso auf örtliche Angelegenheiten aus.

Die Europäische Union soll nach den Plänen von der Leyens bis 2050 klimaneutral werden, d.h. nicht mehr CO₂ ausstoßen als gleichzeitig absorbiert wird. Es ist klar, dass diese Vorgabe in erster Linie Industrie und Landwirtschaft trifft. Das EU-Budget soll die nötigen Umbrüche unterstützen indem 25% des EU-Haushalts zweckgebunden der Umsetzung des Green Deal zugutekommen.

Die Mitteilung erlaubt einen Überblick über die in den nächsten zwei Jahren geplanten Maßnahmen, mit konkreten Legislativvorschlägen ist ab März 2020 zu rechnen, der mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 dürfte voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte verabschiedet werden.

Auch die Staats- und Regierungschefs befassten sich auf ihrem Dezenbergipfel mit dem Grünen Deal. Hervorzuheben ist, dass Polen das Ziel der Klimaneutralität (vorerst) nicht mittragen konnte und auf konkrete Finanzierungszusagen seitens der EU wartet. Mit dem Grünen Deal soll auch ein sog. *Just Transition Funds* kommen, der wirtschaftlich besonders betroffene Regionen beim Übergang in eine grüne Wirtschaft unterstützen soll. Nicht nur Kohleregionen, sondern auch energieintensive Branchen dürfen auf finanzielle Unterstützung hoffen.

Die Europäische Investitionsbank plant überdies, in den Jahren 2021-2030 klimafreundliche Investitionen in Höhe von einer Billion Euro zu unterstützen.

Für die kommunale Ebene besonders interessant ist die Forderung des Europäischen Rates, zur Umsetzung des Grünen Deals auch die Beihilfenmaßnahmen und das Vergaberecht zu überarbeiten. Es ist zu erwarten, dass grüne und klimafreundliche Vergaben weiter an Bedeutung gewinnen.

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de#documents

Meinung zur Kreislaufwirtschaft gefragt

Aktuell läuft eine Online-Konsultation der EU-Kommission über die möglichen Inhalte eines neuen Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft. Meinungen und Beiträge können noch bis 20. Jänner eingebracht werden.

Eine Umsetzungsmaßnahme des Grünen Deals wird die Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschaftspakets sein. Während das erste Kreislaufwirtschaftspaket v.a. auf die Abfallwirtschaft abstellte, soll sich der nächste Aktionsplan mit den Sektoren Bau, Textilwirtschaft, Elektronik- sowie Kunststoffproduktion befassen.

Auch in diesen Sektoren soll ausgelotet werden, wie der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, in welcher bereits vorhandene Rohstoffe wiederverwendet bzw. recycelt werden, gelingen kann. Der Aktionsplan wird sich aber auch mit der Frage befassen, wie Abfälle vor Ort verwertet werden, die Verbringung von Abfällen soll weiter reduziert werden.

In dieser Phase der Konsultation werden Erwartungen, Anregungen und Wünsche relativ informell gesammelt. Freie Kommentare können durch hochgeladene Dokumente ergänzt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-7907872_de